



Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation  
A-1200 Wien, Brigittenauerlande 42

An das  
Präsidium  
des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

## Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation

A-1200 Wien, Brigittenauerlande 42  
Telefon (0222) 332 01 01  
Teletax (0222) 330 93 14  
Postscheckkonto 1002.100



IV-Zusatz: GZ 680.000/2-V/4/92

Mag. T/Stell

1992-12-14

Betreff:

Stellungnahme zum Entwurf eines  
Bundesgesetzes, mit dem das  
Rundfunkgesetz geändert wird

Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zl. <u>1476</u>	-GE/19- <u>12</u>
Datum: <b>1 5. DEZ. 1992</b>	
Verteilt: <b>21. Dez. 1992</b> <u>Sg</u>	

*St. Erzeugungen*

Sehr geehrtes Präsidium!

Als Anlage übermitteln wir 25 Exemplare der Stellungnahme der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Rundfunkgesetz geändert wird mit der Bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Vorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus Voget*  
(Dr. Klaus Voget)  
Präsident

*Heinz Schneider*  
(Heinz Schneider)  
Generalsekretär

Anlagen: erwähnt

**Stellungnahme der  
Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR)  
zur Rundfunkgesetznovelle 1992  
GZ 680.000/2-V/4/92**

Zu den einzelnen Bestimmungen besteht seitens der ÖAR **kein** Einwand.

Aus Anlaß der vorliegenden Novelle, wird jedoch darauf verwiesen, daß sich keine Bestimmung damit befaßt hat, **in die Entscheidungsgremien** des ORF (Hörer- und Seherbeirat, Kuratorium usw.) **Vertreter von behinderten Menschen** zu entsenden.

Es entspräche zweifellos europäischem Status, dafür Sorge zu tragen, daß das "Meinungsbildungsinstrumentarium" einer Rundfunkanstalt auch von den behinderten Menschen eines Staates "mitbedient" wird, zumal die Meinungsbildung in diesem Bereich Ausdruck des kulturellen Niveaus einer Gesellschaft ist.

Gerade in einer Zeit, in der sich der sozial schwächere Mensch immer mehr von der "kollektiven Denkweise" der Mehrheit der Gesellschaft im Stich gelassen fühlt, erscheint es ein geradezu kulturpolitischer Auftrag an die staatliche Rundfunkanstalt zu sein, Minderheiten ein aktuelles (vom jeweiligen Sozialengagement des einzelnen Journalisten unabhängiges) Mitspracherecht einzuräumen. Dafür würde sich - auch bei weitester Auslegung des Begriffs "Minderheit" - jedenfalls am Besten ein Vertreter von behinderten Menschen eignen. Er kennt nicht nur das Problem der "persönlichen Einschränkung" bei der Alltagsgestaltung, sondern auch die Ursachen für die darauf gründende "Inkompatibilität" zur übrigen Gesellschaft; ebenso die Möglichkeiten, durch meinungsbildende Maßnahmen eine Änderung dieser Unzukömmlichkeit herbeizuführen.

Diese Kenntnis eines mit der Behindertenvertretung Vertrauten, würde in der Folge einen zweifellos wertvollen Beitrag zur Bewältigung vieler "Randgruppenprobleme" in der Gesellschaft mit sich bringen.

Wenn auch das Engagement von einzelnen Journalisten auf diesem Gebiet nicht geschmälert werden soll, bleibt es doch immer nur Abstraktion des Problems, ohne jegliche praktische Kenntnis der - durch (nicht selten) falsche Meinungen - gegebenen realen Situationen, mit ihren zahllosen Details.

Wien, am 14. Dezember 1992